



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Umwelt, Energie und  
Sauberkeit  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 19.04.2012

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit  
am Dienstag, 24. April 2012, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 06.03.2012

2. **12-F-33-0026**

Belastung des Rheinwassers mit multiresistenten Keimen  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0044 vom 06.03.2012

Hierzu sind Vertreterinnen/Vertreter von Hessenwasser, ELW und dem Landesamt für Umwelt und Geologie eingeladen.

**ANLAGE**

### 3. 12-F-03-0049

Mountainbikestrecke - Artenschutz- und FFH-Verträglichkeitsprüfung  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. April 2012

Am 29. März 2012 wurde die verwaltungsintern abgestimmte Streckenführung für eine Mountainbike-Abfahrtsstrecke im Wiesbadener Stadtwald vorgestellt. Die Anlage soll parallel zu bestehenden Wegen, auf Rückegassen und stellenweise in bislang wegefreien Waldstücken neu angelegt werden und stellt damit einen Eingriff in den Stadtwald dar. Es besteht die Gefahr, dass empfindliche Wildtierarten durch den Betrieb gestört oder vertrieben werden. Daher ist eine artenschutzfachliche Prüfung des Vorhabens erforderlich. Darüber hinaus führt die Strecke durch das FFH-Schutzgebiet 5815-306 „Buchenwälder nördlich von Wiesbaden“. Für Eingriffe in FFH-Gebiete sind Verträglichkeitsprüfungen gesetzlich vorgeschrieben. Erst nach diesen Untersuchungen, die möglichst unabhängig von der politischen Zielsetzung der Einrichtung einer Mountainbikestrecke durchgeführt werden sollten, kann die Umweltverträglichkeit dieser Sportanlage nachvollziehbar beurteilt werden.

In jedem Fall muss die Störung von Wildtieren durch eine zeitliche Begrenzung des täglichen Übungsbetriebs sowie durch das Verbot von Wettkämpfen reduziert werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- Welche Untersuchungen zu Artenschutz, FFH- und Umweltverträglichkeit der geplanten Mountainbikestrecke sollen durchgeführt werden?
- Wer nimmt diese Untersuchungen jeweils vor, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Stadt Wiesbaden selbst Vorhabensträgerin ist?

2. Der Magistrat wird aufgefordert, in die Verträge mit dem Streckenbetreiber eine zeitliche Begrenzung des Betriebs auf die Tagstunden sowie ein generelles Verbot jeglicher Wettkampfveranstaltungen aufzunehmen.

### 4. 12-F-08-0048

Zementstaubbelastungen  
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 18. April 2012

Die Anwohner und Anlieger rund um das Zementwerk Dyckerhoff in MZ-Amöneburg, vor allem in der Alexander-von-Engelberg-Straße, werden regelmäßig durch Staubemissionen belastet. Der Ausschuss möge beschließen

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. ob und wie lange dem Umwelt- und dem Gesundheitsamt die Problematik bekannt ist
2. welche möglichen Gefahren für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen, vor allem für Kinder, die im konterminierten Bereich spielen, von dem emittierten Staub ausgehen könnten
3. was in der Angelegenheit bereits unternommen wurde

**5. 12-F-03-0025**

Photovoltaikanlagen an Lärmschutzwänden  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0048 vom 06.03.2012

**ANLAGE**

**6. 12-F-03-0026**

Klimaschutz in der Bauleitplanung  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0049 vom 06.03.2012

**ANLAGE**

**7. 12-F-33-0024**

Für eine ökologische und zukunftsfähige kommunale Energieversorgung in Wiesbaden!  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0043 vom 06.03.2012

**ANLAGE**

**8. 12-F-03-0046**

Leitbild "Grüne Stadt Wiesbaden"  
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 13.03.2012 -  
-Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung ( Nr. 0150 vom 22.03.2012)-

**ANLAGE**

**9. 12-F-33-0027**

Umsiedlung der Tauben  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0045 vom 06.03.2012

**ANLAGE**

**10. 12-F-03-0050**

Heckenrodung am Hessenwasser-Gelände in Schierstein  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. April 2012

Vor einigen Wochen wurde am Gelände der Hessenwasser GmbH & Co.KG in Schierstein eine ca. 2 km lange Weißdornhecke entfernt, um dort einen Zaun zu erneuern. Mit der Hecke ist ein

wichtiger Sichtschutz für Brutvögel im tiefer gelegenen Vogelschutzgebiet auf dem Wasserwerksgelände entfernt worden.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten:
  1. War die durchgeführte Heckenrodung vor der Durchführung genehmigt, und wenn ja, durch welche Behörde? In welcher Form wurden hierbei Artenschutzbelange berücksichtigt?
  2. Ist aus Sicht des Magistrats der gegenüber der alten Abgrenzung mit ca. 1,80 m deutlich höhere Zaun, der jetzt den Blick von Spaziergängern auf das Wasserwerksgelände behindert, mit dem Landschaftsschutz vereinbar?
  3. Welche Konsequenzen sieht der Magistrat für den Fall vor, dass die Heckenrodung nicht ordnungsgemäß vorab genehmigt wurde?
2. Der Magistrat wird gebeten, dafür zu sorgen,
  1. dass die noch verbliebenen Hecken diesem Bereich erhalten werden,
  2. dass der Sichtschutz für das Vogelschutzgebiet sofort durch eine geeignete Zaunverkleidung und noch in diesem Jahr durch eine Nachpflanzung der Hecke wieder hergestellt wird.

## 11. 12-F-03-0051

Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. April 2012

Städte und Gemeinden spielen bei der Umsetzung der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt durch ihr Handeln vor Ort eine entscheidende Rolle. Auch die Stadt Wiesbaden mit ihrem durchgrünten Innenbereich und mit Stadtwald und Kulturlandschaft im Außenbereich hat eine entsprechende Verantwortung für die Erhaltung und Förderung der Artenvielfalt.

Im „Biodiversitätsjahr 2010“ initiierten die Deutschen Umwelthilfe und das Bundesamt für Naturschutz die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ (siehe Anhang), die mittlerweile von mehr als 200 Kommunen unterzeichnet wurde. Im Februar 2012 erfolgte die Gründung des Bündnisses „Kommunen für biologische Vielfalt“ ([www.kommunen-fuer-biologische-vielfalt.de](http://www.kommunen-fuer-biologische-vielfalt.de)).

Zielsetzungen des Bündnisses sind Erhaltung und Stärkung der biologischen Vielfalt, aber auch Informationsaustausch, Öffentlichkeitsarbeit, Politische Lobbyarbeit und gemeinsame Umsetzungsprojekte.

Der regelmäßige Austausch mit anderen Kommunen, darunter vielen Preisträgern des Wettbewerbs „Bundeshauptstadt Biodiversität 2011“, kann auch für Wiesbaden wertvolle Hinweise zu eigenen Handlungsmöglichkeiten liefern. Die Stadt Wiesbaden ihrerseits hat Erfahrungen z.B. aus der langjährigen Waldbewirtschaftung nach FSC-Richtlinien, erfolgreichen Gewässer-Renaturierungen oder aus der Pflege der Kulturlandschaft beizusteuern.

Die Deutsche Umwelthilfe unterstützt das Bündnis durch Workshops, regelmäßige Newsletter sowie Sammlung von Best-Practice-Beispielen.

Der jährliche Mitgliedbeitrag für Wiesbaden als einer Stadt mit mehr als 200.000 Einwohnern beträgt € 1.200.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterzeichnet die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“.
2. Die Landeshauptstadt Wiesbaden tritt dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ bei.

## 12. 12-F-03-0052

„Ruhige Gebiete“

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. April 2012

Der Magistrat hat in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 20.09.2011 dem Ausschuss mündlich zum Stand der Lärmaktionsplanung - Straßenverkehr (11-F-03-0063) vorgetragen und angekündigt, dass das Umweltamt gemeinsam mit der Hochschule Rhein-Main ein Pilotprojekt „Ruhige Gebiet“ für Teile des Stadtgebiets durchführen wird. Die Ergebnisse dieser Studie wurden in Form eines Berichtes für Ende November 2011 angekündigt.

Die in Aussicht gestellten Informationen liegen jedoch bis heute nicht vor.

Der Ausschuss möge daher beschließen, der Magistrat wird gebeten, den oben genannten ausstehenden Bericht nachzuliefern und die Ergebnisse der Studie dem Ausschuss vorzustellen.

## 13. 12-F-03-0053

Interkommunale Zusammenarbeit beim Ausbau der erneuerbaren Energien

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den Ausschuss vom 17. April 2012

Der Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises hat den Nachbarkreisen- und -städten vorgeschlagen, zum Ausbau der erneuerbaren Energien eine gemeinsame, interkommunale Energiegesellschaft zu gründen. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden hat am 22. März 2012 den Magistrat unter anderem damit beauftragt (Antrags-Nr. 12-F-33-0037), den Ausbau der Windenergie voranzutreiben - gegebenenfalls in Kooperation mit Nachbarkommunen.

Zudem schlägt der Landrat vor, auch bei der Nutzung der Biomasse interkommunal enger zusammenzuarbeiten. Die Erstellung eines Masterplans Erneuerbare Energien im Nachbarkreis, der die konkreten Schritte zur Umsetzung der Klimaschutzziele definieren soll, kann aus Sicht des Landrats nur gemeinsam mit der LH Wiesbaden erfolgreich sein. Wünschenswert sei z.B. eine engere Verzahnung und Lenkung der abfallwirtschaftlichen Stoffströme (Grünschnitt, biogene Reststoffe) in Kreis und Landeshauptstadt.

Der Ausschuss möge daher beschließen, der Magistrat wird gebeten,

- 1) Gespräche mit dem Rheingau-Taunus-Kreis über eine engere interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Ausbaus der erneuerbaren Energien zu führen
- 2) zu prüfen, inwieweit sich die Landeshauptstadt mit ihren städtischen Gesellschaften der Initiative des Rheingau-Taunus-Kreises anschließen kann, eine gemeinsame, interkommunale Energiegesellschaft zu gründen
- 3) zu prüfen, wie eine engere Verzahnung und Lenkung der abfallwirtschaftlichen Stoffströme (Grünschnitt, biogene Reststoffe) in Kreis und Landeshauptstadt möglich sind
- 4) dem Ausschuss für UmESau über die Ergebnisse aus 1) bis 3) zu berichten

#### 14. 12-F-03-0054

Baumfällungen an der Bahnstrecke zwischen Igstadt und Kloppenheim  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. April 2012

Am 26. März 2012 berichtete der Wiesbadener Kurier über die Fällung von 50 Akazienbäumen an der Strecke der Ländchesbahn zwischen Igstadt und Kloppenheim. Die Abholzung erfolgte laut Presse zur Streckensicherung auf Anordnung der Bahn AG mit Genehmigung der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Ist die Bahn grundsätzlich berechtigt, aus Gründen der Verkehrssicherheit Rodungen an Bahnstrecken ohne Genehmigung der zuständigen Naturschutzbehörde vorzunehmen?
2. Mit welcher konkreten Begründung hat die Bahn die Fällung der Akazien an der Ländchesbahn auf einer Länge von 1000 Metern beantragt und wurde die Notwendigkeit des Eingriffs seitens der UNB vor Ort geprüft?
3. Sind an Bahnstrecken im Stadtgebiet noch weitere Fällungen seitens der Bahn AG geplant?.

#### 15. 12-F-03-0055

Amphibienschutzanlagen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. April 2012

Das Wiesbadener Umweltamt lässt seit vielen Jahren an drei Orten im Stadtgebiet Amphibienschutzzäune installieren, die Betreuung wird über Naturschutzverbände mit ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sichergestellt. An der Schutzanlage in Wiesbaden-Auringen erfolgt zusätzlich eine nächtliche Sperrung der wenig befahrenen Verbindungsstraße K 661 zwischen Heßloch und Auringen, eine Umfahrung dieses Straßenabschnittes ist über Wi-Kloppenheim möglich. In diesem Jahr wurden hier von den Helferinnen vor Ort besonders viele Beschädigungen der Schutzanlage festgestellt. Absperrplanken, die an Einmündung der K 661 in die K 695 (Verbindungsstraße Auringen-Kloppenheim) die Amphibien von der Straße fernhalten sollen, wurden offenbar mehrfach überfahren.

Auf der K 647 von Rambach nach Naurod wurden kurz hinter dem Ortsausgang Rambach während der gerade zu Ende gegangenen Amphibienwanderzeit an mehreren Abenden überfahrene Tiere gefunden, die vermutlich auf dem Weg zu den Teichen im unmittelbar angrenzenden Rambachtal waren. Hier gibt es bislang keine Amphibienschutzzäune.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Sind der Verwaltung die in diesem Jahr gehäuft aufgetretenen Beschädigungen der Amphibienschutzanlage in Auringen bekannt und wenn ja, welche Möglichkeiten zur Abhilfe werden gesehen?
2. Sind solche Vorkommnisse auch von den anderen beiden Schutzanlagen bekannt?
3. Ist der Verwaltung die Amphibienwanderung über die K 647 am Ortsausgang Rambach bekannt und besteht die Möglichkeit, dort ebenfalls Schutzzäune zu installieren?

## 16. 12-F-08-0049

Atomarer Störfallplan Biblis

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 18. April 2012

Trotz erfolgter Abschaltung der beiden Alt-Atomreaktoren im südhessischen Biblis bleibt die Gefahr einer atomaren Katastrophe bestehen. Die Anlage befindet sich in der Nachbetriebsphase. Die Abklingbecken in beiden Reaktoren sind mit stark strahlenden gebrauchten Brennstäben bestückt und auf dem als atomarem Zwischenlager genutzten Betriebsgelände lagern unzählige ebenfalls gebrauchte Brennstäbe auf ihren Transport in eine Wiederaufbereitungsanlage oder in ein Endlager.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie hoch schätzt der Magistrat die Möglichkeit eines schweren atomaren Unfalls in Biblis nach der Abschaltung der Reaktoren bis zum Rückbau (voraussichtlich 2016) ein?
2. Welche Auswirkungen auf Mensch, Umwelt und Natur sind im Raum Wiesbaden durch einen schweren Atomunfall in Biblis zu erwarten?
3. Sind die Auswirkungen bei Westwind höher?  
Wenn ja, was wäre zu erwarten?
4. Wie hoch ist die zu erwartende Strahlenbelastung in beiden Fällen?
5. Wo sind die Einsatzpläne für die Evakuierung der Wiesbadener Wohnbevölkerung einsehbar?
6. Sind Bildungseinrichtungen, Firmen- und Behördenleitungen entsprechend unterrichtet und gegebenenfalls geschult worden?
7. Werden in der Landeshauptstadt Wiesbaden für einen eventuellen atomaren Notfall Jodtabletten gelagert? Wenn ja, wo und in welcher Anzahl?
8. Ist die Ärzteschaft für den Katastrophenschutz ausgebildet und liegt für sie gegebenenfalls ein Einsatzplan vor?
9. Wo liegt der Plan zur Einsichtnahme bereit?
10. Werden alle Feuerwehrmitarbeiter regelmäßig in atomaren Katastrophenszenarien geschult?  
Wenn nein, warum nicht?
11. Ist eine Großübung mit der Wohnbevölkerung geplant und wird diese durchgeführt?  
Wenn nein: warum nicht?
12. Sind in Wiesbaden im Falle einer Evakuierung die Sammelplätze bekannt und gekennzeichnet und wo befinden sich diese?
13. In welchen Zeitabständen werden die Evakuierungspläne überarbeitet und den aktuellen Begebenheiten und den technischen Entwicklungen angepasst?

14. Welche Reaktionszeit ist für ein Evakuierungs-Szenario vorgesehen und wer ist dafür verantwortlich bzw. zuständig?

15. Wie hoch sind schätzungsweise die Kosten für eine Evakuierung und wer trägt diese im Einzelnen?

Ein schriftlicher Bericht der Stellungnahmen wäre wünschenswert.

**17. 12-V-36-0009** **DL 14/12-4**

Gutachten "Die Tier- und Pflanzenwelt im Außenbereich"

**18. 11-V-67-0005** **DL 14/12-1**

Einzelvertrag über den Naturschutz im Wald

**19. Verschiedenes**

## Tagesordnung II

**1. 12-V-02-0004** **DL 10/12-6, 09/12-1**

Klageeinleitung Planfeststellungsbeschluss A 643

**2. 12-V-20-0011** **DL 10/12-9**

Investitionscontrolling 4. Quartal 2011

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen  
Vorsitzender